

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl ist längst nicht abgehakt. Auch unser Parteivorsitzender geht in die Offensive. Zurecht. Nicht nur die CDU, auch wir müssen unser Wahlergebnis in Bayern gründlich aufarbeiten, analysieren, bewerten und unsere Schlüsse daraus ziehen. Die Basistour innerhalb unserer Partei ist ein wichtiger Teil. Bitte bringen Sie sich deshalb ein!

Wir als deutsche CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament haben unsere Parlamentswoche in Straßburg im Rahmen einer Klausur verlängert. Wir sitzen und diskutieren gerade sehr intensiv zusammen mit Herrn Matthias Jung, Forschungsgruppe Wahlen! Seine fundierte Studie gibt wichtige Erkenntnisse für unsere weitere politische Arbeit, auch zu europapolitischen Fragestellungen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten, Wahlkämpfern und Wahlkämpferinnen bedanken. Ihr toller Einsatz über Monate, mit neuen innovativen Ideen und Formaten ist persönlich belohnt worden. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen



## Mein Europa

### Plenarrede: Biologische Vielfalt in Entwicklungsländern erhalten

Biodiversität ist eine unentbehrliche Grundlage für menschliches Leben und nachhaltigen Klimaschutz weltweit. Sie spielt eine zentrale Rolle in der Landwirtschaft und in der Ernährungssicherung. Naturschutz ist nicht möglich ohne Landwirtschaft und umgekehrt. Landwirtschaft existiert nicht ohne Natur. Es gilt für uns in Europa und weltweit: Der Schutz der Biodiversität braucht globales Handeln und globale Lösungen. Gerade die Entwicklungsländer, deren Etats für Umweltschutz oft sehr klein sind, brauchen unsere Unterstützung. Mit der Biodiversitätsstrategie streben wir ambitioniert an, dass bis spätestens 2050 alle Ökosysteme gesund, widerstandsfähig und reich an biologischer Vielfalt sind.

Meine Rede im Plenum finden Sie [hier](#).

### Klimaschutz tanken in der Land- und Forstwirtschaft

In nachhaltigen Biokraftstoffen für die Land- und Forstwirtschaft und deren Beitrag für den weltweiten Klimaschutz sehe ich große Potentiale. Dafür muss das Beihilferecht und die Neuausrichtung der Umwelt- und Energiebeihilfe-Leitlinien (EUBLL) steuerliche Vergünstigung von Biokraftstoffen für die Landwirtschaft weiterhin ermöglichen. Schon heute leistet die Branche einen großen Beitrag zum Schutz unseres Klimas. Sie ist die einzige, die Rohstoffe für unser Essen liefert, gleichzeitig Sauerstoff erzeugt und Kohlendioxid bindet.

Eine aktuelle Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

### Schwellenwerte für die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten (Taxonomie)

Der Umwelt- und der Wirtschaftsausschuss haben am Montag, den 27. September 2021, in einer gemeinsamen Sitzung über einen Kommissionsvorschlag abgestimmt, der Schwellenwerte für die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten (Taxonomie) festlegt. Die EVP-Fraktion hat für den Kommissionsvorschlag gestimmt. Hierzu erklären

**Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion,

„Bei der Taxonomie geht es nicht darum, die Welt in Gut und Böse einzuteilen, sondern darum, Klarheit und Transparenz für Investoren zu schaffen. Investoren wollen nicht die Katze im Sack kaufen, wenn sie nachhaltig investieren. Mit der Taxonomie schaffen wir einen objektiven Standard für Nachhaltigkeit. Ohne diesen Umsetzungsrechtsakt würden Investoren weiter im Dunkeln tappen. Wer heute gegen die Taxonomie gestimmt hat, hat sich gegen Markttransparenz ausgesprochen. Einen Standard für nachhaltige Investments zu haben, bedeutet aber nicht, dass die Taxonomie nun die Grundlage jeden Handelns in der europäischen Gesetzgebung werden sollte, wie es den Grünen vorschwebt. Die Taxonomie schafft Transparenz, ist aber kein Instrument für Umweltpolitik mit anderen Mitteln.“

und **Peter Liese (CDU)**, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Unsere ehrgeizigen Klimaziele lassen sich nicht allein mit öffentlichen Geldern erreichen. Deshalb brauchen wir die Taxonomie, um privaten Investoren die richtigen Signale zu geben. Der Vorschlag der Kommission ist nicht perfekt, aber nachdem wir viele Verbesserungen erreicht haben, denken wir, dass er ein Schritt in die richtige Richtung ist.“

## EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten 2021-2025

Der Aktionsplan zielt darauf ab, die EU im Kampf gegen Menschensmuggel und Schleuserkriminalität in den nächsten fünf Jahren besser zu wappnen. Zentrale Herausforderungen sind ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Ermittlungsbehörden der Mitgliedstaaten sowie eine gezielte Zusammenarbeit mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern. Laut Europol werden über 90 Prozent der irregulären Migranten und Asylbewerber in die EU geschmuggelt. Im Jahr 2019 wurden 141.846 illegale Grenzübertritte an den Außengrenzen verzeichnet. Im selben Jahr starben 566 Migranten bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Zum Aktionsplan erklärt **Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Der Aktionsplan gegen Menschensmuggel ist ein wichtiger Teil der EU-Migrationspolitik. Er muss dazu beitragen, das gesamte Paket endlich voranzubringen. Weitere Verzögerungen sind inakzeptabel.

Schleuserbanden erzielen enorme Gewinne, indem sie Menschen ausbeuten und deren Leben in Gefahr bringen. Diesem zynischen und milliarden schweren Geschäft muss ein Ende gesetzt werden. Durch einen verstärkten Informationsaustausch sowie eine abgestimmte operative Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten können wir Schleusern den Handlungsspielraum erschweren oder sogar entziehen. Umso wichtiger ist es, dass der Aktionsplan auch Ermittlungen im Finanzsektor umfasst und das Einziehen von Vermögenswerten ermöglicht. Nur so lässt sich dieses menschenverachtende Geschäftsmodell zerschlagen.

Das Profitstreben der kriminellen Schleuserbanden untergräbt auch die humanitären Ziele der EU und verhindert eine sinnvolle und geordnete Steuerung von Migration. Prävention, Aufklärung und Sensibilisierung vor Ort sowie eine konsequente Bekämpfung der Schmugglernetzwerke entlang der Migrationsrouten müssen daher zentrale Bestandteile eines gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationssystems sein.

Wir brauchen den effektiven Austausch operativer Informationen zwischen Ermittlungsbehörden einerseits sowie Europol, Eurojust und Frontex andererseits. Das Europol unterstellte Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung bildet einen wichtigen Knotenpunkt für die Unterstützung und Koordinierung unserer Polizei- und Grenzbehörden. Unverzichtbar im Kampf gegen organisierte Schleuserkriminalität sind auch eine noch engere Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern entlang der Migrationsrouten in die EU. Hier erwarten wir entschieden mehr Engagement von den Herkunfts- und Transitländern. Den Aufbau der Küstenwachen nordafrikanischer Staaten gilt es weiter zu unterstützen und Drittländer konsequent zur Umsetzung ihrer Asylgesetzgebung anzuhalten.“

## EU-USA Handels- und Technologierat nimmt seine Arbeit auf: Enger Austausch dringend notwendig

Der EU-USA Handels- und Technologierat (EU-USA Trade and Technology Council - TTC) nimmt seine Arbeit auf. Ziel des neuen Gremiums ist es, eine gemeinsame Vorgehensweise in wichtigen globalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen zwischen den Europäern und den USA zu koordinieren und die transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte zu vertiefen.

**Angelika Niebler**, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied der US-Delegation des Europäischen Parlaments, begrüßt den Beginn der engeren Zusammenarbeit mit den USA, obwohl das erste Treffen aufgrund diplomatischer Verstimmungen bis vor kurzem auf der Kippe stand: „Die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate - man denke an den nicht abgestimmten schnellen Abzug aus Afghanistan oder den neuen indopazifischen Sicherheitspakt AUKUS - haben die Beziehungen zwischen der EU und den USA auf die Probe gestellt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns jetzt endlich bei essentiellen Zukunftsfragen auf gemeinsame Linien verständigen und die transatlantische Partnerschaft vertiefen.“

Der Rat soll sich unter anderem mit Themen wie der Versorgungssicherheit von Halbleitern, gemeinsame Prinzipien und Standards beim Einsatz von künstlicher Intelligenz und fairen Wettbewerbsbedingungen auf digitalen Märkten auseinandersetzen.

„In Europa stehen Förderbänder von Fabriken still, weil wir nicht genügend Chips geliefert bekommen. Wir brauchen dringend verlässliche Lieferketten. Der Bedarf an Halbleitern wird in Zukunft weiter steigen und wir müssen uns überlegen, wie wir technologisch autonomer werden - eine Technologieallianz mit den USA wäre hier zum Beispiel denkbar. Zudem gibt es Gesprächsbedarf bezüglich Fairness auf digitalen Märkten. Nicht nur die EU, sondern auch die USA haben ein Interesse, dass wir für digitale Unternehmen fairere Wettbewerbsbedingungen schaffen“, erklärt **Angelika Niebler**.

Vor allem bei Zukunftstechnologien könnten US-Amerikaner und Europäer durch den Handels- und Technologierat mit vereinten Kräften vorangehen und gemeinsam Technologiestandards setzen. Um das zu erreichen, sollen über die kommenden Monate insgesamt zehn gemeinsame Arbeitsgruppen im Rahmen des Handels- und Technologierates tagen.

## Zukunft der EU-US-Beziehungen

Der abrupte Abzug der USA aus Afghanistan sowie die U-Boot-Affäre rund um die indopazifische AUKUS-Verteidigungsunion haben eine Debatte über die Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit Europas ausgelöst.

Die dramatischen Ereignisse in Kabul führen uns Europäern erneut vor Augen, dass wir trotz unserer vermehrten Anstrengungen der vergangenen Jahre hin zu einer europäischen Verteidigungsunion nicht über das nötige Instrumentarium verfügen, um den internationalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Afghanistan sollte uns ein erneuter Weckruf sein, dass wir im Bereich militärischer Fähigkeiten als EU gemeinsam ambitionierter voranschreiten müssen, um einerseits eigenständig handlungsfähig zu sein und andererseits den USA gegenüber ein attraktiver statt nur hilfloser Partner zu bleiben.

Auch die neue Verteidigungsunion zwischen Australien, Großbritannien und den USA trägt nicht zu einer vertrauensvollen transatlantischen Partnerschaft bei. Gerade Freunde und Partner, wie die EU und die USA es sind, müssen miteinander sprechen. Das ist bei der Gründung von AUKUS leider nicht geschehen.

Zur Debatte des Europaparlaments über die Zukunft der EU-US Beziehungen **erklärt Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied der USA-Delegation:

"Die Ereignisse der vergangenen Wochen - man denke an den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan oder den indo-pazifischen Sicherheitspakt AUKUS - haben unsere hohen Erwartungen an einen gleichberechtigten und vertrauensvollen Neustart in den Beziehungen zu den USA unter Präsident Joe Biden nicht erfüllt. Dennoch bleiben die USA unser wichtigster strategischer Partner.

Eine starke Beziehung setzt Vertrauen voraus und die USA und die EU sind hier gleichermaßen gefordert. Wir haben gemeinsame Interessen und auf diese sollten wir uns gerade in Hinblick auf den neuen Handels- und Technologierat konzentrieren. Besonders notwendig wäre es beispielsweise, gemeinsame Lösungen für die Lücken in den Lieferketten für Halbleiter zu finden und die Halbleiterproduktion hochzufahren. Bei BMW, Opel und VW wird wegen des Chipmangels schon die Produktion gedrosselt, ganze Förderbänder stehen still. Hier müssen wir dringend handeln.

Aber auch gemeinsame Regeln für KI und die Plattformökonomie sollten jetzt eine Priorität sein. Nicht zuletzt sollten wir uns in unserem Verhältnis zu China strategisch enger mit den USA abstimmen.

Doch eines ist auch klar: Eine vertrauensvolle und stabile Allianz mit den USA schließt europäische Eigenständigkeit nicht aus. Deshalb sollten wir zudem daran arbeiten, die europäische Verteidigungsunion jetzt voranzutreiben.“ Die Lehren aus der Trump-Amtszeit gelten nach wie vor. Europa muss eigenständiger werden, aber an unserer Freundschaft zu den USA ändert das nichts.

## Situation in Belarus

Seit der Nacht vom 9. auf den 10. August 2020 wird Belarus von Massenprotesten erschüttert, ausgelöst durch eine manipulierte Wahl zugunsten des langjährigen Staatsoberhauptes Alexander Lukaschenko. Das Europaparlament hat das Wahlergebnis nicht anerkannt und der demokratischen Opposition in Belarus den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2020 verliehen.

Die Menschenrechtsverletzungen und die Brutalität des Regimes von Alexander Lukaschenko sind inakzeptabel. Lukaschenko und seine Schergen müssen vor die internationale Justiz gestellt werden. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Mitglieder des Nationalen Koordinationsrates aus der Haft sowie aller vor und nach den Wahlen willkürlich Inhaftierten. Wir wollen, dass die Europäische Union die EU-Sanktionen auf alle Personen ausweitet, die für Gewalt, Unterdrückung und für die Fälschung der Wahlergebnisse verantwortlich sind. Die Belarusen fordern zurecht freie und faire Wahlen unter der Überwachung durch unabhängige internationale Beobachter der OSZE. Europa muss alle demokratischen Kräfte in Belarus unterstützen.

Die Versuche des Lukaschenko-Regimes, Europa einzuschüchtern, indem es Hunderte von illegalen Migranten an die europäischen Außengrenzen schickt, sind inakzeptabel. Es handelt sich dabei um Elemente eines hybriden Krieges gegen die EU. Die EU muss auch

eine klare Botschaft an Russland senden. So lange der Kreml Lukaschenkos Regime unterstützt, macht er sich selbst für internationale Verbrechen verantwortlich.

Zur Debatte über die Lage in Belarus erklärt der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, **Michael Gahler (CDU)**:

„Wir müssen sicherstellen, dass die Unterstützung der Opposition und der Zivilgesellschaft in Belarus erhalten bleibt und das Thema als solches auf der operativen Agenda bleibt. Es besteht dringender Bedarf, die bestehenden Sanktionen umzusetzen und ihren Geltungsbereich auf persönlicher Ebene auf alle Personen auszuweiten, die an Schauprozessen und Festnahmen gegen politische Gegner beteiligt sind. Weitere Sanktionen gegen staatliche Industrien und wirtschaftliche Profiteure des Lukaschenko-Regimes müssen Teil des nächsten Sanktionspakets sein.“

## Überarbeitung der Aarhus-Verordnung

Endlich ist die Einhaltung des internationalen Aarhus-Übereinkommens durch die EU in Reichweite. Der Trilog zur Überarbeitung der Aarhus-Verordnung wurde abgeschlossen, damit wird der Weg für einen effektiven Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten geebnet. Wie vom internationalen Kontrollgremium der Aarhus-Konvention gefordert, wird der Anwendungsbereich der Aarhus-Verordnung erheblich erweitert, aber auf eine Weise, die Konformität mit den EU-Verträgen und Rechtssicherheit gewährleistet. Projekte und Beihilfen, die unsere heimische Wirtschaft stärken, dürfen nicht durch ein Übermaß an Bürokratie aufgehalten werden. Staatliche Beihilfen sind für die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie so wichtig wie noch nie und sind ein gutes Beispiel dafür, warum bei einer umweltrechtlichen Überprüfung mit Maß und Ziel vorgegangen werden muss. Darum wird in der Verordnung selbst noch keine Anfechtbarkeit von Beihilfenentscheidungen vorgesehen. Vielmehr verpflichtet sich die Kommission zunächst zu einer Folgenabschätzung, der dann bei Bedarf weitere legislative Schritte folgen können.

Das zuletzt gefundene Trilogergebnis wird von allen drei Institutionen, Parlament, Rat und Kommission, als ein voller Erfolg bewertet. Es gibt eine klare Einigung, die gewährleistet wird, dass die EU ihre Verpflichtungen nach internationalem Recht erfüllt. Besonders herausfordernd war an diesem Gesetzesprojekt, mit welcher Eile und Effizienz die Mitgesetzgeber vorgehen mussten: Der Kommissionsvorschlag wurde erst im Oktober 2020 vorgelegt, dabei muss schon im Oktober 2021 die Vollversammlung der Aarhus-Vertragsstaaten darüber urteilen, ob die Reform der Mitgesetzgeber ausreichend ist. Auf den Abschluss der Verhandlungen können die EU-Institutionen zu Recht stolz sein.

Dazu erklärt **Christian Doleschal (CSU)**, Berichterstatter des Europaparlaments und Mitglied im Umweltausschuss:

„Das ist ein wichtiger Tag für Öffentlichkeitsbeteiligung, Transparenz und den wirtschaftlichen Erholungsprozess in Europa. Wir haben den Aarhus-Überprüfungsprozess für EU-Verwaltungsakte mit Umweltbezug erweitert, aber mit Maß und Ziel. Denn wir alle wissen: Ausufernde Klagebefugnisse für den Einzelnen bedeuten auch immer ein Mehr an Bürokratie, lange Genehmigungsprozesse und verzögerte Bauvorhaben. Das alles konnten wir verhindern, und zwar durch einen Weg der Mitte: Die neuen strengen Anfechtungsvo-

raussetzungen gewährleisten trotz Klagebefugnis für Unionsbürger, dass es keine Popularklage geben wird, sondern nur eine Anfechtungsmöglichkeit von Verwaltungsakten bei Umweltverstößen von einer europaweit spürbaren Dimension.

Wichtig ist auch, dass wir staatliche Beihilfen von der Aarhus-Überprüfung ausgenommen haben. Staatliche Beihilfen müssen weiterhin als Motor der wirtschaftlichen Erholung agieren können, der uns sicher aus der Krise steuert.“

#### Hintergrund:

Die internationale Aarhus-Konvention regelt den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten. Die Europäische Union und auch die Mitgliedstaaten sind der Konvention vollumfänglich beigetreten. Jedoch hatte das internationale Aarhus-Kontroll-Gremium der EU vorgeworfen, die Konvention nicht in ausreichendem Maße umzusetzen. Aus diesem Grund hat die Kommission vorgeschlagen, insbesondere die administrative Überprüfung von EU-Verwaltungsakten der in Geltung stehenden Aarhus-Verordnung neu zu fassen. Die Annahme dieser Reform durch das Europaparlament kommt rechtzeitig vor dem Treffen der Vertragsstaaten der Aarhus-Konvention vom 18. - 20. Oktober in Genf, welches offiziell über die Vertragskonformität der Europäischen Union mit der Aarhus-Konvention entscheiden wird.

## Schutz geistigen Eigentums

Der Rechtsausschuss nimmt Vorschläge an, wie Europa sein geistiges Eigentum besser schützen kann. Hierzu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, Berichterstatterin und stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses:

„Europa kann nur innovativ sein, wenn es die Rechte des geistigen Eigentums wie Patente, Geschmacksmuster und Marken schützt. Nur so können Medikamente, Impfungen für bestehende und zukünftige Krankheiten sowie Innovationen für digitale und umweltfreundliche Technologien entstehen, und das kommt vor allem den europäischen Bürgerinnen und Bürger zugute.

Unternehmen, die ihr geistiges Eigentum schützen, sind wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche Abschwünge und können qualitativ bessere Arbeitsplätze und höhere Löhne bieten. Allerdings nutzen nur rund 9 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen europaweit solche Rechte. Wir müssen deshalb die Betriebe durch Beratung, finanzielle Mittel und benutzerfreundliche Anmeldesysteme besser dabei unterstützen, ihre Erfindungen in vollem Umfang zu schützen und ihr geistiges Eigentum bestmöglich zu nutzen.

Das einheitliche EU-Patent wird zudem eine immense administrative Erleichterung und auch Kosteneinsparung mit sich bringen. Teure parallele Klagen würden durch das einheitliche Patentgericht verhindert, während gleichzeitig die Rechtssicherheit erhöht wird. Die Mitgliedstaaten müssen endlich das Übereinkommen über das Einheitliche Patentgericht ratifizieren, damit das EU-Patent endlich in Kraft treten kann.

Außerdem wollen wir, dass der Schutz von geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lebensmittel, Weine und Spirituosen gestärkt, modernisiert und in der Durchsetzung optimiert wird. Und auch für nicht-landwirtschaftliche Produkte wie z.B. Kunsthandwerk sollte ein EU-Schutz geschaffen werden, damit das Wissen lokaler Hersteller und damit ein Teil des europäischen Kulturerbes europaweit geschützt werden kann. Dieser Schutz würde nicht nur die Kleinstunternehmen und KMU stärken, sondern auch die Entwicklung und den Tourismus in ländlichen Regionen.“

## EU-Kommission: Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens

Die EU will Antisemitismus künftig entschiedener entgegentreten und Hass gegen Israel effektiver vorbeugen. Zu diesem Zweck präsentierte die EU-Kommission während dieser Plenarwoche ihre erste „Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens“ in Straßburg. Geplant sind zusätzliche Maßnahmen, um Hass im Internet zu bekämpfen. So soll ein europaweites Netzwerk glaubwürdiger Hinweisgeber und jüdischer Organisationen illegale Hassrede bekämpfen und gegensätzliche Narrative entwickeln. In Zusammenarbeit mit IT-Unternehmen soll der Verkauf von Nazi-Literatur und -Symbolen verhindert werden. Zudem will Brüssel EU-Geld zur Verfügung stellen, um Synagogen und öffentliche Orte besser zu schützen. Eine EU-Forschungsstelle soll sich zudem mit aktuellen Formen des Antisemitismus beschäftigen.

Antisemitismus erschüttert Europa gesamtgesellschaftlich und muss daher auch aus der Mitte bedingungslos bekämpft werden. CDU und CSU begrüßen die vorgelegte EU-Strategie, welche die Mitgliedstaaten dabei unterstützen wird, Antisemitismus vorzubeugen und zu bekämpfen. Ziel muss es sein, zur Aufklärung und Erinnerung an den Holocaust und zur Förderung jüdischen Lebens in Europa beizutragen.

Nach Angaben der EU-Grundrechteagentur sind neun von zehn Juden der Ansicht, dass Antisemitismus in ihrem Land zugenommen hat. Antisemitischer Hass im Internet hat sich während der Corona-Pandemie vervielfacht. In Deutschland gibt es immer wieder Angriffe auf Jüdinnen und Juden.

Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, **Lena Düpont (CDU)**:

„Antisemitismus in Europa hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Er kommt von rechts, links und aus muslimischen Kreisen. Die Verharmlosung des Holocaust und der Hass auf Israel sind Geißeln, die sich durch sämtliche sozialen Schichten ziehen. Beides geht oft mit Gewalt einher, nicht nur in Hamburg, Hagen oder Halle. Wenn Mitbürger wegen des Tragens ihrer Kippa verunglimpft und angegangen werden, ist dies ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung und unser friedliches Zusammenleben in Europa. Antisemitismus erschüttert unsere Gesellschaft als Ganzes und muss daher auch aus der Mitte bedingungslos bekämpft werden. Wir begrüßen die heute vorgelegte EU-Strategie, welche die Mitgliedstaaten dabei unterstützen wird, Antisemitismus vorzubeugen und zu bekämpfen. Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Aufklärung und Erinnerung an den Holocaust und zur Förderung jüdischen Lebens in Europa beizutragen. Darüber hinaus haben wir uns in Europa in den letzten Jahren eine robuste Gesetzgebung in den Bereichen Antidiskriminierung, Minderheiten- und Opferschutz gegeben. Diese gilt es konsequent umzusetzen und anzuwenden.

Das Internet ist kein rechtfreier Raum. Was offline illegal ist, ist auch online illegal. Diesen Tatbestand gilt es, insbesondere von Seiten der großen Plattformbetreiber stärker zu berücksichtigen. Sie müssen noch mehr in die Pflicht genommen werden, antisemitische Inhalte so schnell wie möglich zu löschen. Online-Plattformen dürfen kein Forum für Antisemitismus, Hass und Hetze sein. Wir müssen der Justiz schlagkräftige Instrumente an die Hand geben, damit Täter ihre gerechte Strafe erhalten.“



## Anstieg der Energiepreise

Der europaweite Anstieg der Energiepreise war diese Woche Thema im Europaparlament. In der Generaldebatte wurde deutlich, was bevorsteht, wenn Europa die europäische Version der Energiewende, den sogenannten „Green Deal“, nicht klug umsetzt. Nachdem die Kommission im Juli das umfangreiche Gesetzgebungspaket präsentiert hatte, tobt nun dazu die Debatte. Für CDU und CSU muss Klimaschutz bezahlbar und vor allem marktwirtschaftlich organisiert werden. Mit dem Emissionshandel hat die Europäische Union bereits jetzt das wichtigste marktwirtschaftliche Instrument für mehr Klimaschutz. Diesen schrittweise auszuweiten ist der richtige Weg, denn der Emissionshandel bietet auch die dringend benötigten Einnahmen für den notwendigen Sozialausgleich. Die aktuelle Energiepreiskrise zeigt auch, dass die EU ein strategisches Interesse am Ausbau der erneuerbaren und CO<sub>2</sub>-armen Energien hat und ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie beispielsweise russischem Gas reduzieren muss. Aus diesem Grund muss die EU selbst massiv in den Ausbau von erneuerbaren Energien - auch über Wind- und Solarenergie hinaus - sowie in die Produktion von buntem Wasserstoff investieren. Der Energie-Binnenmarkt muss besser genutzt werden und die Genehmigungsverfahren müssen erleichtert werden.

CDU und CSU setzten sich auch für eine europäische Wasserstoff-Importstrategie ein, die den Import grüner Energie mit Technologietransfer und Entwicklungshilfe verbindet. Ohne Wasserstoff aus nicht-europäischen Quellen wird die europäische Industrie ihren Energiebedarf sonst nicht decken können. Gegen den Anstieg der Energiepreise gibt es keine Zaubерlösung, sondern es kommt vor allem darauf an, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Die Union setzt sich für pragmatische, technologie neutrale Lösungen ein damit Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit Hand in Hand gehen.

Zur Generaldebatte über den europaweiten Anstieg der Energiepreise erklärt **Markus Pieper (CDU)**, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Energieausschuss:

„Der sprunghafte Anstieg der Energiepreise in vielen europäischen Ländern lässt erahnen, was uns bevorsteht, wenn wir den Green Deal nicht klug umsetzen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Energiewende bezahlbar machen. Klar ist, dass nicht der europäische Emissionshandel hinter der Preisexplosion steckt. Anstatt nun die Axt an das mühsam aufgebaute System zu legen, wie manche Staaten es bereits fordern, brauchen wir die schrittweise Erweiterung des Emissionshandels. Nur dann stehen uns Einnahmen für den benötigten Sozialausgleich zur Verfügung. Hektischer Interventionismus bringt uns nicht weiter, wir brauchen langfristige Lösungen.

Die aktuelle Energiepreiskrise zeigt auch, dass die EU ein strategisches Interesse am Ausbau der erneuerbaren und CO<sub>2</sub>-armen Energien hat und seine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren muss. Aus diesem Grund muss die EU selbst massiv in den Ausbau von Grünstrom über die üblichen Verdächtigen Wind und Solar hinaus und in die Produktion von buntem Wasserstoff investieren. Dafür müssen wir den Binnenmarkt besser nutzen und die Genehmigungsverfahren erleichtern. Zudem brauchen wir eine europäische Wasserstoff-Importstrategie, die den Import grüner Energie mit Technologietransfer und Entwicklungshilfe verbindet. Wir brauchen diesen Wasserstoff aus nicht-europäischen Quellen, sonst droht uns ein Energienotstand. Wir brauchen pragmatische, technologie neutrale Ansätze, um so viel kostengünstige und klimafreundliche Energie wie möglich zur Verfügung zu haben.

Die Potentiale unterschiedlicher Energieträger müssen voll ausgeschöpft werden. Effizienter Wettbewerb statt staatlicher Preisregulierung muss dabei im Mittelpunkt stehen.“

## EuGH-Urteil zur Unabhängigkeit der Richter am polnischen Obersten Gericht

Zum EuGH-Urteil zur Unabhängigkeit der Richter am polnischen Obersten Gericht erklären **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe, und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Das heutige EuGH-Urteil attestiert erneut eine besorgniserregende Entwicklung in Polen. Die polnische Justizreform ist unvereinbar mit EU-Recht. Wenn rechtsstaatliche Grundsätze in der EU von einzelnen Regierungen derart auf die Probe gestellt werden, stellt dies für Europa insgesamt eine Belastung dar.

Unsere Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sind unumstößlich und allgemeingültig. Sie sind Grundpfeiler unserer freien und offenen Gesellschaft und bilden das Fundament der Europäischen Union. Wir können nicht zulassen, dass rechtsstaatliche Prinzipien aufgrund kurzfristiger und kurzsichtiger politischer Ziele verwässert werden.

Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich hinter den EuGH stellen und uneingeschränkt die Gültigkeit von Entscheidungen des höchsten europäischen Gerichts einfordern. Andernfalls droht ein irreparabler Schaden für die EU. Der von Ursula von der Leyen eingeschlagene Weg, Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds für Rechtsstaatssünder zurückzuhalten, ist der richtige Weg. Die PiS-Regierung muss ihre umstrittene Justizreform endlich zurückdrehen, sonst wird es in dieser Schlacht nur Verlierer geben.“

## Mein Mittelfranken

### Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zu Besuch in Dehnberg

Anfang September durfte ich Bayerns Landwirtschaftsministerin, Michaela Kaniber, sowie Naturland-Präsident, Hubert Heigl, bei uns daheim auf dem Mortler-Hof in Dehnberg begrüßen. Mein Sohn und PESIKA-Geschäftsführer, Jörg Mortler, und meine Schwiegertochter und Ortsbäuerin, Astrid Mortler, führten über den Betrieb. Außerdem war die Stärkung der Rolle der Frau in Politik, Landwirtschaft und Gesellschaft Thema unserer Runde.

Die Pressemitteilung zum Treffen finden Sie [hier](#).

### Einweihungsfeier: „Monte“ in Lauf eröffnet Neubau

„Monte“ in Lauf hat am Samstag, 2. Oktober, die neuen Räumlichkeiten für die Montessori-FOS eingeweiht. Pandemiebedingt fand die Feier nur im kleineren Kreis statt. Ich durfte mir den Neubau schon einmal anschauen und bin begeistert. Ein schöner Ort des Lernens, Entwickelns und Entdeckens wurde hier geschaffen. 2021 ist außerdem ein Jubiläums-Jahr - Monte feiert 30 Jahre!

Die nächsten Projekte stehen auch schon in den Startlöchern: Als nächstes entsteht eine Brücke über die Bitterbachschlucht zur Montessori-Grundschule - hier werden also nicht nur bildlich Brücken gebaut.

Bilder zur Eröffnungsfeier finden Sie auf meinem [Instagram-Kanal](#).

Weitere Infos finden Sie auf der [Website der Montessori Schule Lauf](#).

## Herzensangelegenheiten

### Kandidaten für die Verleihung des diesjährigen Sacharow-Preises

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit ist die höchste Auszeichnung der Europäischen Union für Bemühungen im Bereich der Menschenrechte. Er wird Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen verliehen, die einen herausragenden Beitrag zum Schutz der geistigen Freiheit geleistet haben.

Dieses Jahr stehen wieder viele herausragende Persönlichkeiten mit beeindruckenden Geschichten auf der Kandidatenliste.

Neben der bolivianischen Politikerin Jeanine Áñez, der Menschenrechtsaktivistin Sultana Khaya aus der Westsahara und der britischen NGO „Global Witness“ sind anlässlich jüngster Ereignisse auch elf afghanische Frauen zusammen vorgeschlagen worden. Der Kandidat der EVP-Fraktion ist der russische Oppositionskämpfer Alexei Navalny, der sich seit langem unter Einsatz seines Lebens für Demokratie und zivile Freiheiten wie Rede- und Gedankenfreiheit, sowie gegen Korruption in Russland einsetzt. Nach seiner Vergiftung im August 2020 kehrte er im Januar 2021 wieder nach Russland zurück und sitzt seitdem im Gefängnis. Dieser große Mut und sein kontinuierlicher Einsatz für die Menschenrechte sollte mit dem Sacharow-Preis belohnt und unterstützt werden.

Besonders am Herzen liegen mir jedoch auch die afghanischen Frauen, die seit den Ereignissen im August 2021 wieder besonders unter der Situation in Afghanistan leiden. Sie haben kein Recht auf Bildung oder Unabhängigkeit, keinen Zugang zur Regierung und müssen sich mitunter harten Strafen unterziehen, wenn sie für ihre Rechte und Freiheiten eintreten und kämpfen. Deshalb sollten wir als Europäische Gemeinschaft den Opfern dieser Umstände mit konkretem Schutz und Hilfe zur Seite stehen. Praktische Unterstützung in dieser Situation kann den Frauen im Moment mehr helfen als die Verleihung des Sacharow-Preises.

### Mitmachen: Konferenz zur Zukunft Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine einzigartige und günstige Gelegenheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, um die Herausforderungen und Prioritäten Europas zu erörtern. Dies ist der Ort, darüber nachzudenken, welche Zukunft Sie sich für die Europäische Union wünschen - ganz gleich, woher Sie kommen oder was Sie tun. Das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission haben sich verpflichtet, die Europäerinnen und Europäer anzuhören und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Empfehlungen zu folgen.

Weiterführende Informationen zur Konferenz zur Zukunft Europas finden Sie [hier](#).

Teilnehmen können europäische Bürgerinnen und Bürger aus allen Gesellschaftsschichten und allen Ländern der Union, wobei junge Europäerinnen und Europäer eine zentrale Rolle spielen. Dazu können sie auf der Konferenzplattform der EU in verschiedenen Kategorien (wie dem Klimawandel, der Gesundheit oder einer stärkeren Wirtschaft) mitdiskutieren, an Veranstaltungen teilnehmen und Veranstaltungen ausrichten.

Weiter Teilnahmemöglichkeiten finden Sie auf dieser [Website](#).

Des Weiteren hat die EVP-Fraktion eine inaktive deutschsprachige Seite eingerichtet, auf der ebenfalls Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunftsideen zu vielen verschiedenen Themen in Europa einbringen können.

Diese Seite finden Sie [hier](#).

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion hat einen detaillierten [Aktionsplan](#) zur Konferenz zur Zukunft Europas veröffentlicht.

Die Zukunft Europas liegt in den Händen seiner Bürgerinnen und Bürger. Daher möchte ich Sie zur Gelegenheit des Austausches einladen und freue mich auf die spannenden Beiträge!

### **EVP Kongress für Junge Landwirte**

Im Rahmen des diesjährigen EVP Kongresses für Junge Landwirte wird wieder der Preis „European Young Farmers Award“ für Junglandwirte unter 40 Jahren verliehen. Der Preis belohnt sie für nachhaltige und innovative Ideen und Projekte, die sich den Herausforderungen des Agrarsektors stellen, wie zum Beispiel Generationenwechsel, Eindämmung des Klimawandels, Ernährungssicherheit und technologischer Fortschritt. Die Kategorien der diesjährigen Preise sind „Digital Champion in farming“, „Environmentally-sustainable Champion in farming“ und „Food Champion in farming“.

Weitere Informationen zum Kongress, den Preisen und zum Bewerbungsprozess finden Sie [hier](#).

### **Lebensmittelverschwendung reduzieren**

Weltweit gehen zwischen der Ernte auf dem Feld und dem Handel etwa 14 Prozent der produzierten Lebensmittel verloren. Das ist viel zu viel. Wir müssen die globale Lebensmittelverschwendung eindämmen und die Verluste entlang der Produktions- und Lieferketten verringern.

Eine aktuelle Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

## **Lesenswert**

### **Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen**

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

### **EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament: Rede zur Lage der Union 2021**

Am 15. September 2021 hielt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre Rede zur Lage der Union. Drei wichtige außen- und entwicklungspolitische Themen standen dabei im Mittelpunkt: der globale Einsatz für den Klimaschutz und gegen die Covid-19-Pandemie sowie die Indo-Pazifik-Strategie (siehe separaten Beitrag unten).

So investiere die EU zum Beispiel mittels der Initiative "Team Europe" eine Milliarde Euro in den Ausbau von Produktionskapazitäten für mRNA-Impfstoffe in Afrika. Bei der Bekämpfung des Klimawandels sieht von der Leyen insbesondere die Industriestaaten in der Pflicht. Sie kündigte an, Finanzierungslücken von Klimamaßnahmen zu schließen und forderte die USA und andere Partner auf, dem Beispiel der EU zu folgen.

### **Informelle Treffen der Außenminister: Zentrales Thema Afghanistan**

Im Rahmen der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft trafen sich am 2. und 3. September 2021 die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten zu einer informellen Tagung. Im Mittelpunkt stand die Situation in Afghanistan. Die Außenminister unterstrichen den Anspruch, dass die EU mit einer Stimme spricht und die afghanische Bevölkerung entschlossen unterstützt. Einerseits müsse die EU den politischen Dialog mit den Taliban, den de-facto-Machthabern Afghanistans, suchen. Zur Koordinierung humanitärer Hilfe und der Beobachtung der Lage wolle sie eine Minimalpräsenz in Kabul sicherstellen, ohne das Regime anzuerkennen. Andererseits hänge die Zusammenarbeit mit den Taliban an der Erfüllung von fünf Kernpunkten ab: (1) Afghanistan wird nicht zur Basis für Terrorismus. (2) Die Taliban achten Menschen- und insbesondere Frauenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Pressefreiheit und (3) schaffen eine inklusive und repräsentative Übergangsregierung per Verhandlungen. (4) Sie gewährleisten freien Zugang für humanitäre Hilfe und deren Umsetzung und (5) genehmigen die Ausreise gefährdeter Ausländer und Afghanen.

Die EU will auch mit den Nachbarländern Afghanistans und internationalen Akteuren über eine regionale Kooperationsplattform zusammenarbeiten, um eine nachhaltige Lösung gemeinsam zu entwickeln. Hierbei steht das Ziel, eine humanitäre Katastrophe und mögliche Migrationswelle zu verhindern, im Fokus. Die Lage in Afghanistan griffen die EU-Außenminister bei einem weiteren informellen Treffen auf, das am Rande der VN-Generalversammlung in New York am 20. September 2021 stattfand. Schließlich billigte der Rat die Beschlüsse offiziell durch Schlussfolgerungen am 21. September 2021.

### **Die EU positioniert sich strategisch im indopazifischen Raum**

Am 16. September 2021 stellten der Außenbeauftragte Josep Borrell und die EU-Kommission ihre „gemeinsame Mitteilung über die Strategie der EU für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum“ vor. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten hatten dies im April 2021 angeregt. Die Ausarbeitung der Strategie erfolgte nach Gesprächen mit vielen Partnern in der Region, u.a. Australien, Japan, Indien und Südkorea. Die Strategie erkennt die steigende Bedeutung der Region für Geopolitik, internationalen Handel und Demographie an. 40% der EU-Handelsströme passieren das Südchinesische Meer. Auch die heftigen Debatten um das geplatzte U-Boot-Geschäft zwischen Frankreich und Australien und das neue Sicherheitsbündnis „AUKUS“ (Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Australien) spiegeln die geopolitische Relevanz der Region wider.

Die EU besteht angesichts zunehmender Spannungen auf einer regelbasierten Ordnung in der Region und möchte ihren Einfluss sichern, indem sie Partnerschaften in zahlreichen Bereichen stärkt. So soll zum Beispiel der Ausbau der Handelsbeziehungen zu Australien, Neuseeland, Indonesien und Indien die wirtschaftliche Abhängigkeit der EU von China reduzieren. Daneben möchte die EU Klimaschutz-Allianzen aufbauen und ihre militärische Präsenz im Indo-Pazifik verstärken. Trotz zunehmender Spannungen mit China gehe es bei der Strategie „um Kooperation, nicht Konfrontation“, betonte Borrell. Am 14. September 2021 bekräftigten zudem Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis und die ASEAN-Wirtschaftsminister auf einem Online-Treffen das Ziel eines EU-ASEAN-Freihandelsabkommens.

### **Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell im Irak, Libyen und Tunesien**

Anfang September 2021 besuchte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Irak, Libyen und Tunesien. Im Irak sprach er sowohl mit der Zentralregierung in Bagdad als auch mit der kurdischen Führung in Erbil und kündigte an, die EU-Beratungsmission EUAM werde ein Büro in Erbil einrichten. In Libyen rief Borrell dazu auf, schnellstmöglich die gesetzlichen Grundlagen für die für den 24. Dezember 2021 angedachten Wahlen zu schaffen. Er bot weitere Unterstützung bei der Reform des Sicherheitssektors sowie ein Programm zur Stärkung lokaler und nationaler Institutionen an. In Tunesien führte Borrell Gespräche mit Präsident Kais Said, den größten politischen Parteien sowie zivilgesellschaftlichen Vertretern. Er habe die komplexe Lage Tunesiens besser verstehen wollen, um die künftigen Aktivitäten der EU zur Förderung von Demokratie, Stabilität und Wohlstand in dem Land neu auszurichten.

### **Kirgisischer Außenminister zu Besuch in Brüssel**

Am 29. September 2021 traf in Brüssel der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, den Außenminister der Kirgisischen Republik, Ruslan Kazakbaev. Sie erörterten die EU-Kirgisistan-Beziehungen, insbesondere die Fertigstellung des erweiterten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (EPCA), sowie die Vorbereitung des ersten EU-Zentralasien-Wirtschaftsforums am 5. November 2021 in Bischkek. Im Hinblick auf die kirgisischen Parlamentswahlen am 28. November 2021 betonte Borrell die Wichtigkeit eines offenen Mediumfelds und fairen Wettbewerbs. Er bekräftigte darüber hinaus die Bereitschaft der EU, im Grenzkonflikt mit Tadschikistan vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern. Auch die Auswirkungen der Entwicklungen in Afghanistan auf die Stabilität Zentralasiens waren Thema der Gespräche.

### **EU und Kolumbien beabsichtigen verstärkte Kooperation**

Am 21. September 2021 einigten sich die EU und Kolumbien auf eine Absichtserklärung für einen verstärkten politischen und sektoralen Dialog. Ziel der EU ist es, im nächsten Jahrzehnt die Zusammenarbeit und die Beziehungen mit dem südamerikanischen Land zu vertiefen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, dass Kolumbien ein wichtiger Verbündeter der EU und gleichgesinnter Partner auf bilateraler, regionaler und multilateraler Ebene ist. Die Absichtserklärung definiert fünf Prioritäten: die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016, Umwelt und Biodiversität, nachhaltiges und soziales Wachstum, Migration sowie die Stärkung des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung.

### **EU vermittelt Einigung im Serbien-Kosovo-Konflikt**

Angeichts eines Streites zwischen Serbien und Kosovo riefen ranghohe Vertreter der EU zu beiderseitiger Deeskalation auf. Die Verpflichtung serbischer Pendler, bei der Einreise ins Kosovo provisorische kosovarische Autokennzeichen anzubringen, hatte den Konflikt ausgelöst. Belgrad verlegte mehrere gepanzerte Fahrzeuge an die Grenze zum Kosovo. Am 30. September 2021 wurde nach ausführlichen Gesprächen unter Beteiligung des EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina, Miroslav Lajčák, eine Vereinbarung zum Abbau der Spannungen im Norden des Kosovo getroffen. Bis eine dauerhafte Lösung erzielt wird, einigten sich die beteiligten Parteien darauf, die im Rahmen des EU-geförderten Dialogs vereinbarte Vignettenregelung als Übergangslösung anzuwenden. Unter dem Vorsitz der EU soll eine aus Vertretern der EU, Belgrad und Pristina zusammengesetzte Arbeitsgruppe gebildet werden, um an einer dauerhaften und nachhaltigen Lösung für die Kennzeichenfrage zu arbeiten. Der neu entbrannte Konflikt dürfte auch Thema beim anstehenden EU-Westbalkan-Gipfel am 6. Oktober 2021 sein.

**VN-Generalversammlung: Plädoyer für Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel**  
EU-Ratspräsident Charles Michel fand während der 76. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. September 2021 in New York deutliche Worte für Vernunft als Leitmotiv auf der Weltbühne. Er mahnte zu „Kooperation statt Konfrontation, Solidarität statt Isolation, Transparenz statt Geheimnistuerei“. Die EU sei wichtigster Förderer von Frieden und nachhaltiger Entwicklung. So betonte Michel, dass sich die EU an einem Viertel des Budgets der Vereinten Nationen beteilige und die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe finanziere. Außerdem engagiere sich die EU maßgeblich und weiterhin für den Klimaschutz. Andere Themen seien ebenso wichtig. Hier nannte Michel die Förderung der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Minderheiten.

### Unfassbare Wahlpanne in Berlin

In Berlin haben offenbar Jugendliche ihre Stimme auch für die Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl beziehungsweise den Volksentscheid abgegeben. Das berichten die Zeitungen "Die Welt" und "Tagesspiegel". Im Wahllokal konnten auch Jugendliche zunächst alle Stimmzettel erhalten. An der Urne muss der Wahlvorstand dann aber prüfen, dass sie nur den Zettel einwerfen, für den sie stimmberechtigt sind. Jugendliche über 16 Jahren dürfen zwar die Bezirksverordnetenversammlung mitwählen, aber nicht den Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus. Weil in Berlin bei der Briefwahl alle Stimmzettel in einen Umschlag gepackt werden sollten, gab es offenbar eine Manipulationsmöglichkeit. Diese unfassbare Panne reiht sich in eine Serie von aufgedeckten Komplikationen in Berlin bei der Bundestagswahl. Solche Vorfälle fördern den Verdruss über die Demokratie und müssen aufgeklärt und in Zukunft verhindert werden. Wenn das so weitergeht, müssen bald auch nach Deutschland Wahlbeobachter geschickt werden.

Lesen Sie hierzu die Artikel der [FAZ](#), des [RBB24](#) und der [Welt](#).

### Deutsche Einheit

Besonders lesenswert anlässlich der Feier der Deutschen Einheit: Ein Kommentar in der WELT, der uns klarmacht, dass die Erinnerungen an das geteilte Deutschland und die DDR aufzeigen, wie gut es uns heute in Deutschland geht. Von bröckelnden Baudenkmalern, über giftige Fabriken bis zu Stasi-Schnüfflern in der eigenen Familie: durch die Schrecken der DDR im Gedächtnis können wir erkennen, wie es heute ist. Ein Freudentag für unser wiedervereinigtes Land!

Den Kommentar finden Sie [hier](#).

---

## Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rebekka Olbrich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.